

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Abbildungsverzeichnis	XXV
§ 1. Einführung.....	1
I. Drei Formen differenzierter Integration	2
II. Gegenstand und Fragestellung	3
III. Die Rechtsperson – eine Blindstelle in der Verfassungstheorie	6
IV. Gang der Untersuchung.....	8
1. Teil. Verfassungstheoretische Grundlegung.....	11
§ 2. Die Rechtsperson in der Verfassungstheorie.....	11
I. Die Rechtsperson bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts.....	12
1. Herrschen und regieren – eine bildliche Annäherung an die Rechtsperson	12
2. Der Staat als juristische Person in der anorganischen Staatsrechtslehre.....	18
3. Der Staat als realer Verband in der Genossenschaftslehre	22
4. Rechtsstaat und Demokratie als Tendenz der Staatsperson?.....	25
II. Kritik an der juristischer Person bei Léon Duguit	28
1. Soziologische Einflüsse von Comte und Durkheim.....	28
2. Objektive Rechtstheorie	30
3. Juristische Person als subjektive Rechtslage	32
4. Schwächen der rechtlichen Organisation.....	35
III. Personifizierung der Institution bei Maurice Hauriou	37
1. Soziologische Einflüsse von Tarde und Durkheim	37
2. Institutionenlehre	39
3. Personifizierung der Institution	41

4. Verschachtelung von Institutionen	44
IV. Personifikation von Rechtsnormen bei Hans Kelsen	45
1. Neukantianische Einflüsse von Vaihinger und Cassirer.....	46
2. Reine Rechtslehre	47
3. Personifikation als Hilfsbegriff der Rechtswissenschaft.....	49
4. Rechtsperson als Zurechnungsschema.....	53
V. Verfassungstheoretische Bedeutung der Rechtsperson.....	54
1. Rechtsperson als Grundlage des Organisationsrechts	55
2. Rechtsperson als verkörperte Verantwortung	58
3. Rechtsperson und Gewaltenteilung	61
4. Rechtsperson und Verfassungsfunktionen	66
§ 3. Funktionelle Verdoppelung in der Verfassungstheorie.....	71
I. Dédoublement fonctionnel bei Georges Scelle	73
1. Gesellschaft und Verfassung.....	74
2. Der doppelhütige Präfekt als Vorbild	76
3. Theorie der funktionellen Verdoppelung.....	77
4. Konzeptionelle Schwächen	80
II. Verknüpfung von Organisationen bei Hans J. Wolff.....	81
1. Staat als Organ der Völkerrechtsgemeinschaft bei Kelsen.....	82
2. Der Kommunalbeamte als mittelbarer Staatsbeamter	84
3. Organleihe als unmittelbares Organ und mittelbare Organe	87
4. Rechtliche Verknüpfung von Organisationen.....	88
III. Weitere Erklärungsansätze für die Verknüpfung von Organisationen.....	89
1. Kritik an mittelbaren Organen und Organleihe bei Ernst- Wolfgang Böckenförde.....	90
2. Organ-Sharing bei Stefan Haack	92
3. Netzwerktheorien insbesondere bei Anne-Marie Slaughter	95
4. Global Administrative Law insbesondere bei Nico Krisch	97
IV. Verfassungstheoretische Bedeutung funktioneller Verdoppelung	99
1. Funktionelle Verdoppelung als Missing-Link	100
2. Funktionelle Verdoppelung und geteilte Verantwortung	101
3. Formelle und materielle Funktionenverdoppelung	103
4. Verknüpfungsorgane, Verbindungsregeln und Verbindungsbedingungen	104
§ 4. Funktionelle Verdoppelung im rechtsvergleichenden Zugriff	109
I. Funktionelle Verdoppelung im Grundgesetz	111
1. Funktionelle Verdoppelung in der Legislative.....	111
2. Funktionelle Verdoppelung in der Exekutive	113
3. Funktionelle Verdoppelung in der Judikative.....	118

4. Verknüpfung von Bund und Ländern durch funktionelle Verdoppelung	120
II. Funktionelle Verdoppelung in der Verfassung der Vereinigten Staaten	121
1. Bund und Bundesstaaten als Rechtspersonen	122
2. Funktionelle Verdoppelung in der Legislative	126
3. Funktionelle Verdoppelung in der Exekutive	128
4. Funktionelle Verdoppelung in der Judikative	131
III. Zur Rechtsperson im Völkerrecht	133
1. Staaten und internationale Organisationen als Rechtspersonen	133
2. Zurechnung als normative Operation	135
3. Zurechnung aufgrund formaler Stellung oder faktischer Kontrolle	141
4. Organleihe zwischen formaler Stellung und faktischer Kontrolle	144
IV. Funktionelle Verdoppelungen im Völkerrecht	147
1. Funktionelle Verdoppelung in der Legislative	147
2. Funktionelle Verdoppelung in der Exekutive	147
3. Funktionelle Verdoppelung in der Judikative	150
4. Funktionelle Verdoppelung hinsichtlich der Europäischen Gemeinschaft	152
V. Zusammenfassung und Überleitung	155
2. Teil. Die Rechtsperson der Europäischen Union und differenzierte Integration	157
§ 5. Die Rechtsperson der Europäischen Union	157
I. Entwicklung der Organisationsstruktur	157
1. Gemeinsame Organe in den Römischen Verträgen und im Fusionsvertrag	158
2. Das Tempelmodell und seine rechtliche Einordnung	159
3. Gegliederte Organisation nach dem Vertrag von Lissabon	163
4. Ziele und Aufgaben der Europäischen Union	166
II. Vertikale Organisationsprinzipien	169
1. Begrenzte Ermächtigung	172
2. Autonomie der Unionsrechtsordnung und Vorrang	173
3. Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	176
4. Unionstreue	177
III. Horizontale Organisationsprinzipien und Verfassungsprinzipien	179
1. Organautonomie	179
2. Institutionelles Gleichgewicht	185
3. Organtreue	189
4. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	191

§ 6. Differenzierte Integration und unionsrechtliche Schranken.....	203
I. Integration und Differenzierung	203
1. Differenzierte Integration als Ausnahme vom Prinzip einheitlicher Integration	204
2. Integrationspolitische Konzepte differenzierter Integration.....	205
3. Koevolution von Integration und Differenzierung.....	207
4. Differenzierte Integration als Ausdruck politischer Pluralität.....	211
II. Differenzierte Integration als Verfassungsprinzip.....	211
1. Verfassungsprinzip differenzierte Integration	212
2. Organisierte Differenz	214
3. Einheit der Rechtsordnung.....	216
4. Gleichheitssatz und Diskriminierungsverbot.....	218
III. Übersicht zu unionsrechtlichen Schranken	222
1. Autonome Unionsrechtsordnung und Vorrang	222
2. Unionstreue.....	224
3. Verstärkte Zusammenarbeit?.....	227
4. Sperrwirkung	229
IV. Vertikale Kompetenzordnung als Schranke.....	230
1. Keine dingliche Übertragung von Kompetenzen	231
2. Ausschließliche Innenkompetenzen	232
3. Ausschließliche Außenkompetenzen.....	234
4. Reichweite der Sperrwirkung.....	236
3. Teil. Differenzierte Integration durch völkerrechtliche Verträge	241
§ 7. Legislative Funktionen	241
I. Vereinigte Vertreter der Mitgliedstaaten als völkerrechtliche Staatenkonferenz	242
1. Die Regierungsvertreter der Gliedstaaten – ein föderales Chamäleon	242
2. Vertreter der Mitgliedstaaten im Primärrecht	244
3. Vertreter der Mitgliedstaaten außerhalb des Primärrechts	247
4. Zurechnung aufgrund der Kompetenzverteilung?.....	248
II. Entscheidungen der Vertreter der Mitgliedstaaten als Komplementärrecht	251
1. Zugehörigkeit zum abgeleiteten Unionsrecht?.....	252
2. Soft Law des Unionsrechts?.....	253
3. Omnipotente Mischfigur zwischen Völker- und Unionsrecht?	256
4. Völkerrecht komplementär zum Unionsrecht	260

III. Stabilitätshilfe: Europäischer Stabilitätsmechanismus	263
1. Entstehung und wesentlicher Inhalt.....	264
2. Der ESM-Vertrag als mitgliedstaatliche Wirtschaftspolitik.....	267
3. Beeinträchtigung der EFSF oder des EFSM?	269
4. Primärrechtsänderung und Stabilität des Euro-Währungsgebietes..	270
IV. Haushaltsdisziplin: Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung.....	273
1. Entstehung und wesentlicher Inhalt.....	274
2. Der SKS-Vertrag als mitgliedstaatliche Wirtschaftspolitik.....	275
3. Beeinträchtigung des Six-Pack oder des Two-Pack?	278
4. Primärrechtsgleiche Konstitutionalisierung?	280
V. Bankenunion: Beiträge-Übereinkommen zum Abwicklungsmechanismus.....	285
1. Entstehung und wesentlicher Inhalt.....	285
2. Das Beiträge-Übereinkommen und die sonstigen Einnahmen der Union	289
3. Komplementäres Verhältnis zur SRM-Verordnung.....	291
4. Integrationspolitische Bedeutung	297
VI. Verfassungstheoretische Bewertung.....	299
1. Chamäleonhafte Charakter der Staatenvertreter und des Komplementärrechts.....	299
2. Komplementärrecht und Exekutivföderalismus.....	300
3. Gubernative Rechtserzeugung.....	302
4. Eingeschränkte parlamentarische Beteiligung	303
§ 8. Exekutive Funktion	309
I. Übertragung von Aufgaben außerhalb der Verträge	310
1. Die Bangladesch-Entscheidung und die vertragsfremden Aufgaben.....	310
2. Die Lomé-Entscheidung und die begrenzte Ermächtigung	313
3. Die Pringle-Entscheidung und das institutionelle Gleichgewicht ...	316
4. Trennungsgebot und Verfälschungsverbot	318
II. Einwände und offene Fragen	321
1. Prozeduraler und materieller Einwand	322
2. Zustimmung aller Mitgliedstaaten?	325
3. Aufgabe als völkerrechtlicher Vertrag zu Lasten Dritter	328
4. Zustimmung der Europäischen Union nach Art. 216, 218 AEUV? ..	331
III. Handlungen der Unionsorgane als abgeleitetes Komplementärrecht.	333
1. Zugehörigkeit zum Unionsrecht?	334
2. Soft Law des Unionsrechts?	335
3. Verbindlichkeit	336
4. Abgeleitetes Komplementärrecht	337

IV. Aufgaben der Kommission und EZB im ESM-Vertrag.....	338
1. Bewertung, Verhandlung & Überwachung	338
2. Inhaltliche und methodische Schwächen im Pringle-Urteil	340
3. Keine Verfälschung der Kommissionsbefugnisse.....	342
4. Keine Verfälschung der Befugnisse der EZB	342
V. Aufgaben der Kommission und Abstimmung im Rat im SKS- Vertrag.....	345
1. Annäherung, Korrektur & Überwachung.....	345
2. Umsetzungspflicht und Mitteilung über gemeinsame Grundsätze ..	347
3. Keine Verfälschung der Kommissionsbefugnisse.....	350
4. Automatisierung des Defizitverfahrens im Rat?	352
VI. Aufgaben der Kommission und Agentur im Beiträge- Übereinkommen	356
1. Koordinierung der Ausgleichszahlungen bei Amtshaftung durch die Kommission.....	356
2. Keine Verfälschung der Kommissionsbefugnisse.....	358
3. Zugang, Kontrolle und Bericht.....	359
4. Keine Verfälschung der Agenturbefugnisse	360
VII. Verfassungstheoretische Bewertung	363
1. Organleihe, Mandat und funktionelle Verdoppelung	363
2. Gubernative Rechtsanwendung	367
3. Fehlende Rechtsgrundlage in den europäischen Verträgen?	368
4. Organisationsprinzipien für völkerrechtliche Aufgaben	370
§ 9. Judikative Funktion	373
I. Rechtsschutz gegen Mitgliedstaaten.....	373
1. Völkerrechtliche Verträge als Prüfungsgegenstand	374
2. Völkerrechtliche Verträge als Prüfungsmaßstab.....	375
3. Unanwendbarkeit der Gutachtenverfahren	377
4. Schwierige Abgrenzung zum Rechtsschutz gegen Unionsorgane ...	378
II. Rechtsschutz gegen Handlungen der Unionsorgane.....	379
1. Organschaftliche Zurechnung	380
2. Rechtswirkung nach außen.....	384
3. Unionsrecht als Prüfungsmaßstab	385
4. Grundrechtecharta als Prüfungsmaßstab	386
III. Schiedsverfahren zur Überprüfung völkerrechtlicher Verträge	389
1. Einordnung des Schiedsverfahrens nach Art. 273 AEUV	389
2. Besonderheiten des Schiedsverfahrens nach Art. 273 AEUV	390
3. Keine Pflicht zum Abschluss eines Schiedsvertrages	392
4. Weitere Zuständigkeiten außerhalb von Art. 273 AEUV?	393
IV. Streitbeilegung im ESM-Vertrag.....	394
1. Klageerhebung und Interessenvertretung des ESM	395

2. Der ESM als Streithelfer?	397
3. Prüfungsgegenstand und -maßstab	399
4. Bindungswirkung des Urteils	400
V. Streitbeilegung im SKS-Vertrag	401
1. Klageerhebung und Einbeziehung der Kommission	402
2. Prüfungsmaßstab.....	404
3. Bindungswirkung und Durchsetzung des Urteils.....	405
4. Verknüpfung mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus	408
VI. Streitbeilegung im Beiträge-Übereinkommen.....	409
1. Klagerecht durch Teilbeitritt	410
2. Prüfungsmaßstab und Wegfall der Geschäftsgrundlage.....	411
3. Vorläufiger Rechtsschutz.....	413
4. Bindungswirkung und völkerrechtliche Sanktion des Urteils	415
VII. Verfassungstheoretische Bewertung	415
1. Organleihe oder funktionelle Verdoppelung.....	416
2. Intergouvernementale Judikative.....	417
3. Rechtstaatliche Judikative?	418
4. Bedeutung der supranationalen Verfahren.....	419
§ 10. Die Rechtsperson der Europäischen Union im Wandel	421
I. Verfassungsdurchbrechung und Verfassungswandel	421
II. Stabilität im Wandel	427
III. Wandel der Rechtsperson durch differenzierte Integration	429
IV. Brexit, voice and loyalty	430
Zusammenfassung in Thesen.....	435
Summary in theses.....	441
Literaturverzeichnis.....	445
Sach- und Personenregister.....	497